

Was wird aus dem EURO und Europa?

1) Einleitung und Zusammenfassung: der € bleibt, aber nicht überall

Eines muss am Anfang stehen und Grundsatz aller Überlegungen sein:

Die politische Einheit Europas ist zu wichtig für uns und unsere Kinder, als dass es am Geld scheitern darf!!!

Das wird die reicheren EU-Staaten viel Geld kosten! Man wird aber fragen müssen, wie man verhindert, dass es teurer als nötig wird.

Das Zusammenwirken von steigenden Staatsverschuldungen, Weltfinanzkrise und geplatzten Illusionen (z.B. Immobilienblasen) hat den EURO in eine Zerreißkrise gebracht. Die an sich guten EURO-Verträge haben die Situation nicht verhindern können, in der einige Mitgliedstaaten der EURO-Zone in eine kumulative Schuldenbeschleunigung geraten sind, während andere durch Kostendisziplin Wachstum und Exporte stabilisieren konnten und eine erhebliche Gläubigerposition aufbauen konnten.

Eine Fortsetzung der Verschuldungssteigerung in einigen Ländern und ihre Finanzierung durch besser positionierte Volkswirtschaften dürfte sich als **Schneeballsystem** erweisen, in dem faulen Krediten gutes Geld nachgeworfen wird, nur um die **Illusion hoher Vermögensstände** in den Gläubigerstaaten aufrecht zu erhalten.

Als geeignete Lösung erscheint, es den Schuldnerstaaten vor allem im Mittelmeerraum attraktiv zu machen, aus der EURO-Zone auszuscheiden und frei floatende Nationalwährungen einzuführen. Das wird nur möglich sein, wenn die Gläubiger auf Teile ihre Forderungen verzichten.

So kann der EURO in den gesünderen Staaten die gemeinsame Währung bleiben und möglicherweise für weitere EU-Mitgliedstaaten wie z.B. Schweden attraktiv werden, während die EU als Ganzes nicht gefährdet wird, wenn sie auch einige Währungen mehr haben wird als heute.

Die Strategie der Bundesregierung scheint demgegenüber zu sein, neue Kredite an Auflagen der Haushaltsdisziplin zu binden. Merkel plädiert für eine Wirtschaftsregierung der Eurozone im Rahmen eines „Paktes für Wettbewerbsfähigkeit“ auf Ratsebene (die EU-Kommission nur als „Dienstleister“) mit Konvergenz bei Rentenalter, Schuldenbremse und Nachhaltigkeit sozialer Sicherungssysteme, Korridore für Mehrwert- und Unternehmenssteuern. Die FDP ist dagegen, sie will nur Koordinierung; die SPD schaut ziemlich still zu. Sarkozy unterstützt das Konzept auf dem Gipfel; andere nennen es ein deutsch-französisches Diktat (so Luc Frieden, Finanzminister Lux); auch die Kommission ist sauer, weil sie die Fäden in die Hand bekommen will.

Diese Politik wird scheitern, weil die Staaten den damit verbundenen Souveränitäts- und Demokratieverlust nicht hinnehmen werden. Zudem wächst die Gefahr einer Deutschfeindlichkeit in den betroffenen Bevölkerungen, weil die Auflagen stets als Berliner Imperialismus diffamiert werden können und werden: „Am deutschen Wesen...“

2) Staatsverschuldung: ein Schneeballsystem

Zur Klarstellung: **Staatsschulden sind nicht an sich „schlecht“** – weder grundsätzlich moralisch noch wirtschaftspolitisch. Auch Schulden, wenn denn nötig, müssen klug und sparsam eingesetzt werden. Die plakativ naive Aussage konservativer Kreise, Schulden bedeute Leben auf Kosten künftiger Generationen, ist insofern falsch, als künftige Generationen sowohl die Guthaben als auch die Schulden ernten; soweit ist dies zwischen den Generationen kein Problem; die Frage ist „nur“, wer erbt die Guthaben und wer ausschließlich die Schulden? Wenn Schulden z.B. dazu beitragen, dass materiell schwache junge Menschen eine bessere Erziehung und Ausbildung bekommen, sind diese ja auch Gewinner im Schulden-bedingten Verteilungsproblem. Wenn sich allerdings die Politik dauerhaft weigert, den „starken Schultern“ angemessene Steuern abzuverlangen oder gar diesen die Steuern zu senken, nur um anschließend bei eben diesen das fehlende Haushaltsgeld zu leihen, dann ist dies ein Teil sozialer Unausgewogenheit, ja Ungerechtigkeit. **Staatsschulden ohne Rückzahlungsfähigkeit sind betrügerisch!**

Wenn aber – auch als Folge der von USA („Lehman Brothers“) ausgegangenen globalen Finanzkrise der letzten Jahre – die staatlichen Schulden fast überall explodieren, ist die Zukunft des Geldes, auch unseres EURO, als gefährdet anzusehen.

Der Verschuldungsstand eines Staates wird in der Regel als Verschuldungsquote angegeben, also als Quotient aus Gesamtschulden zur jährlichen Wirtschaftsleistung (Brutto-Inlandsprodukt BIP); diese Schuldenquote wächst überall in der westlichen Welt kontinuierlich und seit 2008 extrem schnell

Deutschland	2009 (2008):	73% (66%)
Frankreich	2009 (2008):	78% (67%)
Spanien	2009 (2008):	53% (40%) – 2010 plus 9,2%
Portugal	2009 (2008):	77% (66%) – rasch steigend
Italien	2009 (2008):	116% (106%)
EURO-Zone	2009 (2008):	79% (69%)
UK	2009 (2008):	68% (52%) – rasch steigend
USA	2009 (2008):	83% (71%) – rasch steigend
Japan ¹	2009 (2008):	190% (173%)

Auch Deutschland hat seinen staatlichen Schuldenberg regelmäßig stärker erhöht als seine Wirtschaftsleistung – 2010 ist er auf 2.000 Mrd. €, bzw. 76% angewachsen²; allerdings ist Deutschland immer noch in einer relativ komfortablen Lage, weil

- seine Bürger große Sparer sind, der deutsche Staat also in hohem Maße bei seinen eigenen Bürgern verschuldet ist, nicht so sehr im Ausland wie die USA³ oder die EU-Mittelmeerländer
- Deutschland das beste Rating besitzt, weshalb z.B. der Bund nur etwa 40 Mrd. €/Jahr an Zinsen zu zahlen hat (wehe, wenn die Bonität runter und die Zinsen hoch gehen!)
- die Große Koalition eine Schuldenbremse in das Grundgesetz geschrieben hat, die einen gewissen Rückgang der Schuldenquote bewirken soll.

¹ Die exorbitante Verschuldung des japanischen Staates (wenn auch zu fast 95% bei seinen eigenen Bürgern und Unternehmen) hat Ende Januar 2011 zu einer Bonitätsrückstufung durch S&P auf „AA-“ geführt; zu erwähnen ist allerdings auch, dass Japan Währungsreserven von 750 Mrd. € besitzt und immer noch einen beträchtlichen Handelsbilanzüberschuss erwirtschaftet.

² Dieser Schuldenstand berücksichtigt die ausgeliehenen Gelder zu 100%; er wird erheblich höher sein, wenn Schuldner nur noch teilweise oder gar nicht zurückzahlen können.

³ Die US-Regierung (ohne Staaten und Kommunen) schuldet 1.2 Mrd. \$ allein China, ihrer Hausbank.

Oft wird gerade Deutschland als Gläubigerland der Vorwurf gemacht, es habe doch nur seinen Exportüberschuss finanziert, wenn es etwa Spanien oder Griechenland Geld lieh, womit deutsche Produkte gekauft worden sind. Faktisch ist es richtig, den Kreislauf des Geldes so zu sehen, ein moralischer oder politischer Vorwurf ist aber nicht gerechtfertigt: am Anfang steht stets die Nachfrage des Kunden, der etwas erwerben will! Allerdings hätten die Banken schon früher die Zügel anziehen müssen, d.h. wegen wachsender Bonitätszweifel höhere Zinsen verlangen müssen. Vielleicht haben sie es nicht getan, weil so viel Liquidität im Markt war, vielleicht aber auch weil sie als **gierig** geschmäht worden wäre.

Nur wirtschaftsferne Gutmenschen erwarten, dass Wirtschaftsunternehmen auf legale Gewinnmöglichkeiten verzichten, wenn sie sich bieten; so ist ein hoher Zins zumeist nicht Ausdruck von Gier, sondern ein wirtschaftlich erforderliches Disziplinierungsinstrument gegen Verschwender.

Leider gibt es ein **starkes Motiv, faulen Krediten gutes Geld hinterher zu werfen**; bei den Gläubiger werden nämlich die Schulden anderer als Vermögenswerte gebucht, solange die Illusion der Rückzahlung aufrecht erhalten werden kann; dies Motiv scheint derzeit das Handeln zu bestimmen, weil andernfalls die erforderlichen Abschreibungen eine neue Bankenkrise verursachen könnten.

3) Geschichte: Mut und politische Verwässerung

Lange war es eine strategische Grundfrage der europäischen Politik, wie man jenseits der Freihandelszone EWG zu einer wirklichen Gemeinschaft werden könnte. Auf vielen Teilgebieten gab es in den 70er und 80er Jahren großartige Fortschritte, z.B. im gemeinsamen Umweltrecht oder der Passunion von Schengen.

Allerdings war die Frage nicht beantwortet, ob eine **gemeinsame Währung Krönung oder Instrument eines wirtschafts- und finanzpolitischen Zusammenwachsens** der EU-Mitglieder sein sollte. Helmut Schmidt und die gleichzeitigen französischen Präsidenten, insbesondere Giscard d'Estaing, glaubten einen Konvergenzprozess in Gang setzen zu können, der die nationalen Währungen in einem immer schmaleren Band zusammenbringen sollte („die Schlange“).

Dies sah zunächst vielversprechend aus und ermutigte Franzosen und Deutsche auf der Basis strategischer Überlegungen Jacques Delors, des Kommissionspräsidenten von 1985 bis 1995, eine Währungsunion anzusteuern, d.h. die oben genannte Frage mit „**zuerst die Währungsunion**“ zu beantworten. Es war der Versuch, wie einst Alexander einen Gordischen Knoten brachial zu lösen. Man setzte also auf die Konvergenzkraft einer gemeinsamen Währung, um zu einer Harmonisierung der Wirtschafts- und Finanzpolitiken zu kommen – zumindest bei den Staaten, die mitmachen wollten und mitmachen konnten.

Insbesondere die Deutschen legten größten Wert auf Vereinbarungen, die eine Wertstabilität des Euro gewährleisten sollte. So sollten nur Nationen in die Währungsunion („Euro-Zone“) aufgenommen werden, die bestimmte **Soliditäts- oder Stabilitätskriterien** erfüllten; z.B. sollte die Staatsverschuldung nicht über 60% des BIP (das war damals etwa die deutsche Zahl) liegen und die jeweiligen Haushaltsdefizite 3% des BIP nicht überschreiten. Diese 3%-Grenze war zwar politisch-pragmatisch festgelegt worden, stand aber in einem Zusammenhang mit dem optimistisch erwarteten BIP-Wachstum; die Schuldenquote sollte also nicht zunehmen.

Kritiker, die unverändert den anderen Weg für besser hielten, also erst gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik und dann gemeinsame Währung, warnten damals vor einem Automatismus, der zu einem Transfer von Finanzmitteln von den wohlhabenden Staaten Mittel- und Nordeuropas zu den ärmeren Mittelmeerländern führen würde. Ihnen entgegnete man, dass die Verträge wasser-

dicht seien und es insbesondere kein „bail out“ geben könne, in dem ein Staat für die Schulden eines anderen eintreten müsste.

Obwohl alles tatsächlich sauber in Verträgen niedergelegt worden war, begannen die **Verstöße schon zu Beginn**; mit Italien und Belgien, später Griechenland, wurden Staaten in die Eurozone einbezogen, die die Kriterien weit verfehlten, z.B. mit ihrer Staatsverschuldung deutlich über 100% lagen. Auch entpuppte sich das Instrumentarium des Rates, Verstöße zu ahnden, als unwirksam. Dazu haben auch Deutschland und Frankreich beigetragen, als sie die Neuverschuldungsgrenze zeitweilig deutlich überschritten und mit ihrem politischen Gewicht im Rat Strafmaßnahmen verhinderten.

Die Vertragsdisziplin war generell durch eine tolerierte Laxheit gekennzeichnet, die in Deutschland, wenn es sündigte, zu schlechtem Gewissen, insbesondere in den Mittelmeerländern aber zu grober Missachtung führte. Deren Motiv war, aus der relativen Armut durch schnelles Wachstum aufzusteigen, was zu üppiger Schuldenaufnahme führte in der „Hoffnung“, durch eben dieses Wachstum zurückzahlen zu können.

Ein kardinaler Webfehler im Vertragswerk war, dass die möglichen Sünder selbst als Richter im Rat mitwirkten; politische Allianzen und Rücksichtnahmen verhinderten damit, wirtschafts- und währungspolitische Disziplin durchzusetzen.

4) Das GIPS-Problem: Irland und das Mittelmeer

Alle GIPS-Länder (GIPS= Griechenland, Irland, Portugal und Spanien⁴) haben auf Grund ihrer hohen Verschuldung und wenigstens teilweise erheblichen Zweifeln an ihrer Zahlungsfähigkeit ein **Bonitätsproblem**, das sich in der Höhe der Kreditzinsen äußert; am 10. Januar 2011 waren die Zinsen für Griechenland 12,7%, für Irland 9,23%, für Portugal 7,18%, für Spanien 5,57% und für Italien 4,83%. Das ist keine Spekulation gegen den Euro, wie es oft leichtfertig genannt wird, oder Böswilligkeit der zumeist amerikanischen Ratingagenturen⁵, sondern Ausdruck einer verantwortlichen Ausleihpolitik der Banken und anderer Kapitalsammelstellen wie z.B. Versicherungen, die ja im Auftrag ihrer Kunden gute Renditen erwirtschaften müssen und Verlustrisiken vermeiden bzw. klein halten müssen; zudem ist viel Geld verfügbar, so dass die Schuldner nicht einem knappen Angebot oder gar einem Kartell gegenüberstehen. **Man kann nicht gleichzeitig die Banken wegen zu hoher Risiken als Zocker verunglimpfen und dann verlangen, so sollten die Augen zu machen, wenn sie an hochverschuldete Staaten Geld verleihen.**

Eine gewisse Koordination der möglichen Kreditgeber erfolgt über die Ratingagenturen, auf deren Risikoeinschätzungen die Finanzmärkte sehr achten. Diese registrieren auch sehr genau, ob die von den Regierungen mittlerweile verkündeten Sanierungsprogramme auch realisiert werden. Da ist wenig hilfreich, wenn sich die jeweiligen Oppositionsparteien sabotierend verweigern oder die Gewerkschaften Generalstreiks ausrufen – so verständlich der Ärger der „kleinen Leute“ über unzureichende Sanierungsoffer der Reichen ist.

⁴ Mitunter fügt man **Italien** hinzu, das ebenfalls hochverschuldet ist, allerdings in der großen Finanzkrise keine erheblichen Sonderprogramme aufgelegt hat; es hat sich eher wie ein Trittbrettfahrer die Konjunkturspritzen anderer zunutze gemacht, z.B. die Abwrackprämien; allerdings kommt Italien zur Zeit nicht aus seiner Wachstumskrise heraus, weil die Regierung nur mit Berlusconi's Verteidigung beschäftigt ist. Wenig beachtet wird zur Zeit die kritische Lage **Belgiens**, das hochverschuldet in einer Staatskrise steckt.

⁵ Es ist sicher ein abzustellendes Ärgernis, wenn die faktische Macht der Ratingagenturen durch Interessenkonflikte für Missbrauch genutzt wird; deshalb ist die Etablierung weiterer unabhängiger Agenturen in Europa wichtig – allerdings dürfen sie auch nicht dem Einfluss manipulierender Regierungen unterworfen werden!

5) Was ist zu tun? Ende mit Schaden oder Schaden ohne Ende

Um dieser krisenhaften Entwicklung der Verschuldung zu entgehen, die durch die Finanzkrise der ganzen Welt noch beschleunigt worden ist, müsste nach den Euroverträgen eigentlich jedes Land selbst die notwendigen Maßnahmen treffen, in der Regel eine Kombination aus Minderausgaben und Mehreinnahmen. Diese Maßnahmen müssen insbesondere deshalb drakonisch ausfallen, weil gleichzeitig die Weltfinanzkrise überall zu Einbrüchen des BIP geführt hat, also auch bei staatlichen und privaten Einkommen. Obwohl auch die Arbeitslosigkeit wesentlich zugenommen hat, müssen die wachstumsorientierten Verschuldungsinstrumente gerade zu einem Zeitpunkt eingesammelt werden, wo sie eigentlich gebraucht würden. Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen wirken da wie konjunkturelles Gift; d.h. diese Staaten hängen in einem **teuflichen Zielkonflikt**: unverantwortliche Fortsetzung einer immer teureren Verschuldung mit dem Ergebnis eines Konkurses am Ende oder eine soziale Krise mit mehr Arbeitslosigkeit, Armut und sozialen Unruhen, Streiks u.s.w. mit der Gefahr der politischen Radikalisierung durch demagogische Verführer. Insbesondere die jeweils konservativen Oppositionen, ob in Griechenland, Spanien oder USA, versuchen Konsolidierungserfolge zu sabotieren.

Die **Gläubiger-Länder wie Deutschland**, die in einer deutlich besseren ökonomischen Verfassung sind, stattliche Wachstumsraten und eine verbesserte Beschäftigungssituation aufweisen, haben nun ebenfalls Zielkonflikte zwischen Solidität und Solidarität. Sie können

- a) **auf die Verträge pochen** und nichts tun. Schüchterne Versuche sind als unsolidarisch beschimpft worden; ihr Risiko war darüber hinaus, dass bei Zahlungsunfähigkeit auch auf Teile des ausgeliehenen Geldes hätte verzichtet werden müssen. Über diese Position ist mittlerweile die Zeit hinweg gegangen; sie war europapolitisch nicht haltbar.
- b) die **Verträge „flexibel und kreativ“ interpretieren**, wie es die Schuldnerländer, aber auch Jean-Claude Juncker aus Luxemburg verlangen. Diese Politik wurde mit den „Rettungsschirmen“ für Griechenland und Irland schon begonnen; man garantiert Kredite und lässt die EZB Staatsschuldtitel unter dem Vorwand aufkaufen, es handele sich um ein normales Instrument der Geldpolitik. Diese Politik könnte nur dann zu guten Ergebnissen führen, wenn die gewonnene Zeit weniger Jahre ausreichte, die nationalen Wirtschaftspolitiken der Schuldnerländer auf einen soliden Wachstumspfad zurück zu führen und die dortigen Netto-Neuverschuldungen auf nahezu Null zu drücken. Andernfalls kommt der Moment der **Zahlungsunfähigkeit dann, wenn der Rettungsschirm zugeklappt wird**, wobei dann die abzuschreibenden Guthaben auf der Gläubigerseite um einiges höher sein werden als heute.
- c) sich an die eigentliche Zielsetzung des € erinnern, nämlich zu einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik zu kommen, d.h. man verspricht **Hilfe** durch Gemeinschaftsanleihen, die wegen besserer Bonität niedrigere Zinsen ermöglichen, **wenn** dafür **auf Souveränitätsrechte im Bereich Steuern und Haushaltspolitik verzichtet** wird, also eine handlungsfähige europäische Regierung eingesetzt wird. Diesen Weg versucht die Bundesregierung zusammen mit Frankreich mit dem „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“; ob das hilfreich ist, anti-deutschen Gefühlswallungen und Diktatsvorwürfen entgegen zu wirken, ist zweifelhaft. In Deutschland ist das wohl nur solange vermittelbar, wie nicht verstanden wird, dass dann auch Deutschland sich der vorgesehenen Wirtschaftsregierung unterwerfen muss. Ist es wirklich vorstellbar, dass eine solche europäische Instanz immer im Sinne der Gläubiger handeln wird und nicht im Sinne der Schuldnermehrheit? Werden nicht Veto-Rechte immer wieder zu Kompromissen führen, die den Weg zur Transferunion, d.h. der automatischen Hilfe der „Reichen“ für die „Armen“ ausbauen?⁶

⁶ Carsten Schneider, MdB der SPD, hat in einem Beitrag in der Süddeutsche Zeitung zwei Ideen ergänzt: so sollte die Strafe bei Verstoß gegen Auflagen zur Konsolidierung automatisch eine zwangs-

Immerhin schafft die „Europäische Finanz-Stabilitätsfazilität“ (EFSF“) mit ihren 750 Mrd. € eine Verschnaufpause; eine der ersten für Irland bestimmten Anleihen konnte mit einem Zinssatz von 2,89% bedient werden – nur 0,5% teurer als deutsche Anleihen, zur Zeit liegt der Zins doch eher bei 6%.

- d) eine **Transferunion akzeptieren** und zahlen, was die anderen (ver)brauchen, natürlich mit begrenzenden Regeln, wie z.B. im Länderfinanzausgleich im deutschen Föderalismus. Sie könnten dies am Ende akzeptieren, weil sie als gute Europäer Europa als Einheit für wichtiger denn je schalten, nachdem Amerika gezeigt hat, dass seine Mehrheit andere Werte vertritt als Europa.

Insbesondere Lösung c) verdient noch eine Analyse: Da das **Haushaltsrecht eines der zentralsten demokratischen Rechte gewählter Parlamente** ist, müsste eine europäische Institution (die Kommission? Ein übermächtiger Wirtschafts- und Finanzrat, bestehend aus 17 oder 27 nationalen Regierungsvertretern?) eben diese Rechte teilweise außer Kraft setzen. Wäre das noch Demokratie? Wäre das System tatsächlich handlungsfähig, wenn gewichtete Mehrheiten und Vetorechte die Entscheidungen beeinflussen? Ist es realistisch anzunehmen, dass alle Völker der Eurozone einem solch weitgehenden Souveränitätsverzicht, oft durch Volksabstimmung, zustimmen werden? Und wie sieht das die SPD in Nordrhein-Westfalen, die im Moment keine parlamentarische Mehrheit für Einsparungen hat?

Was immer Deutschland tun wird, um sich vor Ansprüchen anderer zu schützen, es wird bei den Massen der Bevölkerung in den Schuldnerländern **als deutscher Imperialismus erscheinen** und angeklagt werden, während die Fälligkeit der erforderlichen Abschreibungen an Deutschlands Stammtischen als Ausverkauf deutschen Wohlstandes gesehen werden dürfte – Wasser auf die Mühlen radikaler nationalistischer Parteien hier wie dort.

Es ist doch immer so gewesen, dass die Menschen gegen Einschnitte, die von identifizierbaren Mächten, der eigenen Regierung oder eines anderen Staates, veranlasst sind, rebellieren; stets treten Demagogen auf, die Verschwörungstheorien predigen, oder auch nur Gewerkschaften, die auf die Reichen verweisen, die den Schlamassel bezahlen sollen. In der Regel wird die Einsicht systematisch verweigert, dass man selbst nicht genug geleistet hat, um sich das zu leisten, was das Leben auf Pump geboten hat. **Demgegenüber haben Bevölkerungen zumeist klaglos akzeptiert, was ihnen an Wohlstand verloren ging, wenn ihre Währung abgewertet wurde;** das ging eben quasi kontinuierlich, anonym und deshalb wenig spürbar – auf jeden Fall nicht so sprungartig wie die politischen Entscheidungen zu konsolidierenden Spar- und Steuermaßnahmen. **Deshalb ist es gut, wenn Länder mit Politiken, die Wachstum durch Schulden induzieren wollen, eigene, im Außenwert flexible Währungen haben.**

Wenn man nun all dies bewertend vergleicht, wird man nicht umhin können, einen raschen Konkurs der Pleiteländer zu befürworten – samt einer Renationalisierung deren Währung Drachme und Escudo, möglicherweise auch Peseta und Lira. Das wird zwar wiederum zu Bankenproblemen und staatlich nationalen Rettungsaktionen zulasten der Steuerzahler führen; es ist nur nicht zu sehen, wie dies auf längere Sicht vermieden werden könnte, wenn die Schneebälle zu noch gefährlicheren Lawinen angewachsen sind.

Um die politisch unangenehme Optik eines klaren Insolvenzfalles zu vermeiden, wird auch eine etwas weichere Form diskutiert: Die Schuldnerstaaten kaufen ihre Anleihen zum aktuellen Marktwert (70%?) selbst zurück, finanziert durch neue garantierte Kredite des EFSF und des

weise Steuererhöhung zur Einnahmeverbesserung sein. Und die Inanspruchnahme eines solidarischen Rettungsschirms sollte zu einem „Zinscut“ führen, indem alle bestehenden Kredite entsprechend der Minderung des Risikos für den Gläubiger auf einen entsprechend niedrigen Zinssatz umgeschrieben werden.

IWF. Voraussetzung ist dabei, dass die Gläubiger-Banken „freiwillig“ auf Forderungen verzichten. Das wäre eine „Umschuldung“, wie sie der amerikanische Finanzminister Brady zu Reagans Zeiten zur Rettung einiger lateinamerikanischer Staaten entwickelt und erfolgreich durchgesetzt hat. Das hat die prinzipiell reichen Pleitiers Brasilien und Argentinien gerettet, es darf aber bezweifelt werden, ob es auch Griechenland nachhaltig hilft.

Ja, das wird Beschäftigung und Wohlstand auch in Deutschland kosten, aber doch jetzt weniger als später; es wäre eine **Reinigungskrise**. Ihr ausweichen zu wollen, wird die Krise nicht verhindern, nur vergrößern.

Der Euro also bleibt – nur nicht bei allen!

6) Und was kostet (uns)das?

Auf jeden Fall hat Deutschland um der europäischen Solidarität willen auf einen Teil der ausgeliehenen Gelder zu verzichten, bzw. auch bei neuen Krediten zu helfen. Wenn die GIPS-Staaten den Euro verlassen und ihre nationale Währung deutlich abgewertet wird, entstehen Lasten, die diese Länder nicht alleine schultern können. Denn es wird noch schwerer mit abgewerteten Drachmen oder Peseten die in € lautenden Schulden abzubauen; d.h. die Gläubiger müssen gewisse Abschreibungen hinnehmen. Das kann einzelne Banken in Schwierigkeiten bringen, die wiederum vom Staat behoben werden müssen, wenn Domino-Effekte drohen wie beim Zusammenbruch von Lehman Brothers und die produzierende Wirtschaft sowie Arbeitsplätze in Gefährdung geraten.

Zum anderen wird man auch gegenüber re-nationalisierten Währungsbereichen gemeinsam mit dem IWF zinsdämpfende Maßnahmen ergreifen müssen – allerdings gebunden an Konsolidierungsaufgaben der jeweiligen Staatshaushalte.

Da die deutschen Banken und Anleger laut BIZ⁷-Studie 388 Mrd. € an die GIPS-Staaten vergeben haben, davon an Irland 141 und an Spanien 164 Mrd. €, liegt der Abschreibungsbedarf, d.h. der deutsche Vermögensverlust, bei 20% Abwertung in der Größenordnung von 80 Mrd. €

Da die GIPS-Staaten insgesamt 1.660 Mrd. € Schulden aufgehäuft haben⁸, ist dies allerdings nur ein relativ kleiner Beitrag Deutschlands; andere Gläubiger müssen vergleichbares leisten; in Summe wird man 320 Mrd. € abschreiben müssen. Übrigens finden sich unter den Gläubigern auch Banken aus den GIPS-Staaten selbst, was das Problem nicht leichter macht – insbesondere Italien könnte dabei selbst zum Problemfall werden, so dass der ganze Mittelmeerraum aus dem Euro ausscheren würde.

Und was bedeutet dies für „unser Geld“?

Die Abschreibungen bei den Banken verringern ihr Eigenkapital, das aber nach den neuen Regeln zur Stabilisierung der Finanzmärkte („Basel III“) zu erhöhen ist; das kann nur geschehen durch hohe Zinsspannen zu Lasten der Sparer und risikoarme Kreditvergabe zu Lasten von innovativen Projekten im Mittelstand („Kreditklemme“). Andere Kapitalsammelstellen wie Versicherungen müssen die Verzinsung von insbesondere Lebensversicherungen absenken, d.h. die private Alterssicherung wird schmaler ausfallen als bei Anlage gedacht. Auch die Deutschen werden also den Wohlstandsverlust spüren, den das Ende der Rückzahlungsillusion verursachen wird. Aber:

Europa ist zu wichtig für uns und unsere Kinder, als dass es am Geld scheitern darf!!!

⁷ BIZ = Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel

⁸ Die Gesamtschulden aller EU-Länder sind noch viel größer; allein 2011 sind 2.000 Mrd. € am Kapitalmarkt zu beschaffen, um alte Kredite zurückzuzahlen und neue Defizite finanzieren zu können.

Anlage: Situation einzelner EURO-Länder und der USA

Griechenland

war darüber hinaus ein Sonderfall, weil Betrug hinzukam. Schon die Aufnahme Griechenlands in die EWG 1981 war ein rein politischer Akt. Und die griechische Demokratie zu festigen, die 1974 die Militärdiktatur überwunden hatte, ignorierte man viele Fakten, die gegen eine Beitrittsreife sprachen. Politisch töricht war darüber hinaus, sich die griechisch-türkischen Spannungen und insbesondere das Zypernproblem ins europäische Haus zu holen.

Ebenso willkürlich war der Sieg politischer Argumente gegen Fakten, als Griechenland 2000 in die Eurozone aufgenommen wurde. Selbst die damals offiziell genannten Daten hätten eine Aufnahme nach den Kriterien nicht zugelassen; noch viel schlimmer kam es, als die Regierung von der PASOK zur Nea Demokratia wechselte: die neue Regierung offenbarte, dass die vorherige geschummelt hatte, dass also die Staatsverschuldung wesentlich höher sei als bisher nach Brüssel gemeldet. Das war aber kein Anlass für diese Regierung, sich anders zu verhalten als die vorherige; sie steigerte die Defizite, z.B. durch weitere Aufblähung des öffentlichen Dienstes durch ihre Parteigänger. Auch tat sie nichts, um die mehr als laxen Steuermoral zu verbessern.

Nach einem erneuten Regierungswechsel zurück zur PASOK wiederholte diese das Spiel, die Lügen der Vorgängerregierung aufzudecken; allerdings hatte sie nun keine Chance mehr, das alte Spiel fortzusetzen, denn diejenigen, die sie als Finanziers neuer Kredite brauchte, glaubten nun auch den ehrlicheren Politikern der jetzigen Regierung nicht mehr, dass sie ihr geliehenes Geld anstandslos zurück bekämen. Also erhöhte sich der von Griechenland zu zahlende Zins in Höhen jenseits von 10%, von denen nun wirklich niemand mehr annehmen konnte, solche Zinsen seien in Griechenland tatsächlich zu erwirtschaften.

Im Klartext: die griechische Verschuldung, durch Lüge lange unentdeckt, entpuppt sich als Schneeballsystem, das allein zur Refinanzierung auszulösender Kredite immer neu zusätzliche Kredite braucht. Griechenlands Schuldenlawine rollt unaufhaltsam auf eine Kante zu, hinter der es keiner mehr wagen wird, Geld zu geben, d.h. ein Staatsbankrott ist wohl unausweichlich (Stand Februar 11: 340 Mrd.€). Zusätzlich wird die Situation dadurch erschwert, dass auch die griechischen Banken zu den größten Gläubigern der Staates gehören – mit 62 Mrd. € etwa so viel wie deutsche und französische Banken zusammen! 2014 wird der griechische Staat etwa seine gesamten Einnahmen aus direkten Steuern für Zinszahlungen aufwenden müssen.

Allerdings haben die europäischen Politiker Griechenland aus Solidaritätsgefühlen mehr oder weniger (Deutschland) freiwillig einen „**Rettungsschirm**“ geliehen, der den Anstieg der Schulden durch eine gewisse Reduktion der Zinsen verlangsamen, aber nicht aufhalten kann. Immerhin scheint die griechische Regierung den Ernst der Situation erkannt zu haben; sie unternimmt wirkungsvolle Schritte, um von 15% Verschuldungsquote deutlich herunter zu kommen und soll 2010 10% Netto-Neuverschuldung (statt angestrebter 8%) erreicht haben; hier wie in den USA oder Spanien versuchen die konservativen Oppositionen Erfolge zu sabotieren, insbesondere wenn Steuerehrlichkeit und unabwiesbare Steuererhöhungen eingefordert werden. Dass die regierende PASOK gleichwohl bei den Kommunal- und Regionalwahlen nicht abgestraft wurde, zeigt, dass zumindest die Mehrheit der Griechen die Notwendigkeit des Spar- und Steuererhöhungskurses einsieht. Da aber wohl keine Situation erreichbar ist, in der die Netto-Neuverschuldung nicht über dem BIP-Wachstum liegt, **bleibt Griechenland auf Konkurspfad**; die Frage ist nur: **Wann?**

Am 18. Februar erklärte der Präsident des Bundesverbandes Deutscher Banken, man solle nicht länger ignorieren, dass Griechenlandanleihen nur mehr mit 70% ihres Wertes gehandelt würden;

am 9. März wird gemeldet, dass die 10jährigen Staatsanleihen nur mehr mit 65% gehandelt werden – die Rendite steigt damit auf fast 13%. Hintergrund ist, dass die Staatsschulden nächstes Jahr die 15% erreichen werden – **im Klartext: die Pleite Griechenlands hat schon begonnen**; die deutschen Banken kann das als Gläubiger 5-6 Mrd. € kosten, zusätzlich werden Versicherungen Abschreibungen vornehmen müssen – Deutschland insgesamt sicher die Größenordnung von 20 Mrd.

Portugal

Durch die in der Krise rasch wachsende Verschuldungsquote ist auch hier ein Schneeball zur Lawine geworden. Zwar ist es Portugal im Januar noch einmal ohne Garantien Dritter gelungen 1,25 Mrd. € zu weniger als 7% und Mitte Februar zu 7,2% am Kapitalmarkt aufzunehmen, die Lage wird allerdings durch zwei Tatsachen besser beleuchtet: Portugal muss 2011 allein 20 € Brutto-Schulden aufnehmen und : die Januar Anleihe wurde von portugiesischen Banken gekauft, die dadurch ihre Bonität weiter verschlechtern haben. Wie in Griechenland ist also auch Portugal nicht nur auf dem Weg zur staatlichen Zahlungsunfähigkeit, sondern zugleich durch eine schleichende Bankenkrise gefährdet, die an die Situation Irlands erinnert.

Spanien

Auf der iberischen Halbinsel wurde mit Einführung des Euro ein anderes Schneeballsystem in Gang gesetzt: die **spanische Immobilienblase**. Investoren und Spekulanten kauften Grundstücke oder betrieben Projektentwicklungen auf Pump in der Hoffnung, die Objekte anschließend mit Gewinn weiter verkaufen zu können. Zu Grunde lag eine Erwartung andauernder Preissteigerungen für Immobilien aller Art, eine Erwartung, die in jedem **Schneeballsystem** lautet, es würden sich doch noch genug Käufer finden, die mehr bezahlen würden, als man selbst bezahlt hat. Solche Systeme müssen irgendwann zusammenbrechen, weil es unendliches Wachstum nirgends, auch nicht bei Immobilien gibt. Gleichzeitig wurden in Spanien und Portugal, verführt von der pumpbasierten **Wohlstandsillusion die Löhne kräftig erhöht**, ohne vergleichbare Produktivitätsgewinne zu realisieren. Damit fiel die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den mitteleuropäischen Staaten immer mehr zurück.

Ökonomisch gesprochen, erhofften sich diese Staaten von einer kräftigen Lohnerhöhung Wachstumsimpulse für die eigene Volkswirtschaft; sie ernteten aber nur Wachstumsimpulse für die mitteleuropäischen Exporteure, die auf Grund der dort geübten Lohnzurückhaltung zu wenig Binnennachfrage hatten und deshalb in den Export drängten. So beträgt z.B. der **deutsche Außenhandelsüberschuss** gegenüber Spanien in den Jahren 2007 bis 2009 insgesamt 61 Mrd. € (mit abnehmender Tendenz); 2010 werden es nochmals etwa 12 Mrd. € sein⁹.

Die spanische Situation ist insofern besser als die anderer Staaten wie Italien, Griechenland, England oder gar Irland, als die Gesamtverschuldung niedriger bei gut 60% des spanischen BIP liegt; der spanische Schneeball ist also noch kleiner und noch leichter zu beherrschen, obwohl die Neuverschuldungsquote 2010 immer noch 9,2% betrug.

Irland

ist ein weiterer Sonderfall, weil die irische Krise dominanterweise dem ungezügelt irischen Bankwesen zuzuschreiben ist. Wie die isländischen Banken oder einige deutsche Landesbanken auch, haben diese Banken als eingebildete „global player“ Risiken auf sich genommen, denen weder sie noch ihr Stammland gewachsen war. Da der irische Staat seine Banken mit Garantien

⁹ Der gesamte Außenhandelsüberschuss Deutschlands betrug 2007 bis 2009 512 Mrd. €, der gegenüber den Euroländern 299 Mrd. € (ebenfalls mit abnehmender Tendenz). Die Salden 2010 werden bei etwa 140 Mrd.€ (ganze Welt) und 80 Mrd.€ (nur Eurozone) liegen.

rettete zu Lasten seiner Steuerzahler, geriet er selbst in finanzielle Schieflage (32% BIP-Neuverschuldungsquote); da auch in Irland eine Immobilienblase platzte, kam zu viel zusammen, um einen realwirtschaftlichen Einbruch verhindern zu können. Die aktuelle Neuverschuldungsquote ist 32% des BIP; die Staatsschulden betragen 160 Mrd. €, also 100% des BIP von 2009. Unter dem gemeinsamen Rettungsschirm von EU und IWF mit 85 Mrd. Volumen muss Irland immerhin etwa 6% Zinsen zahlen. Obwohl die Iren am 25.2. die bisherige Regierungsmehrheit erdrutschartig abgewählt haben, ziehen die Parteien doch an einem Strang; gut ist auch, dass Irland im Unterschied zu Griechenland immer noch attraktive Industrieprodukte exportiert.

USA

Die USA laufen seit der Präsidentschaft von Ronald Reagan (einzige Ausnahme die 2. Clinton-Periode) in eine katastrophale Situation hinein. Insbesondere die Finanzkrise 2009 hat die Regierung Obama gezwungen, noch einmal gewaltige zusätzliche Schulden aufzunehmen, so dass die USA (nur Bundesregierung) in großen Schritten auf eine Verschuldungsquote von 100% zu marschieren (etwa 14.000 Mrd. \$, eine nur mit Mehrheit in beiden Häusern aufhebbare Grenze!); allein China hält Dollarguthaben von über 1.4 +/-200 Mrd. \$. Bisher weniger beachtet als die Bundesschulden – die Märkte und Ratingagenturen werden jetzt allerdings nervös – sind die Schulden der Einzelstaaten (1.100 Mrd. \$) und Kommunen (1.700 Mrd. \$). Auch da blockieren die Republikaner regelmäßig Steuererhöhungen, ja setzen wo sie können sogar Steuerermäßigungen durch, während die Demokraten Einsparungen blockieren, ja eher höhere Ausgaben für Soziales und Bildung anstreben.

Die US-Krise ist bisher nicht virulent, weil die Welt und insbesondere China noch immer davon ausgehen, dass die USA als Weltmacht Nr. 1 ein guter Schuldner ist – das wird sich in den nächsten Monaten und Jahren mit Sicherheit ändern, weil die Macht der USA ihren Zenit überschritten hat und die Republikaner den Staat ausbluten lassen werden, bis die verhassten Sozialprogramme zusammenbrechen. So hat sich einer der weltgrößten Fonds (Allianz-Tochter PIMCO) bei einem Fondsvolumen von 237 Mrd. \$ bis Ende Februar 2011 von allen US-Schuldpapieren getrennt; da das erst seit wenigen Tagen bekannt ist (Stand 11. März), muss mit weiteren Maßnahmen Dritter zulasten des Dollar gerechnet werden.

Für den EURO bedeutet dies, dass es einen Negativ-Wettlauf zwischen \$ und € gibt, den der EURO als hoch bewertete und stabile Währung kaum gewinnen kann, wenn er sich wie bisher von Süden her schwächen lässt. Auch dies spricht für einen EURO ohne die Mittelmeerstaaten.